

Positionierung zum Stadtteilgespräch in Connewitz am 28. September 2020

Sehr geehrter Herr OBM Jung,

als Unterzeichner*innen des Offenen Briefes vom 28. September 2020 wenden wir uns erneut an Sie. Bezugnehmend auf die darin formulierte Kritik zu dem von Ihnen einberufenen "Stadtteilgespräch" sowie der prinzipiellen Dialogbereitschaft der Unterzeichner*innen, möchten wir Ihnen hiermit einige Punkte benennen, welche unsererseits Voraussetzung für die Teilnahme an etwaigen "Stadtteilgesprächen" wären. Die Punkte zeigen zugleich auf, in welcher Art und Weise das Zusammenleben und Zusammenwirken im Stadtteil Connewitz aufgebaut ist.

1. Wir arbeiten und entscheiden basisdemokratisch und damit eben nicht nach dem Prinzip, dass eine Person für unsere Gruppen, Läden und Initiativen sprechen bzw. alleine entscheidungsberechtigt sein kann. Wir verhandeln Probleme und Fragestellungen in unseren Zusammenschlüssen maximal transparent, jede und jeder soll eine Stimme haben. Darum kann und wird es auch bei zukünftigen Treffen dieser Art nicht funktionieren, dass einzelne, von Ihnen auch noch namentlich bestimmte Vertreter*innen für unsere Zusammenschlüsse aussagefähig sind. Vielmehr bestehen wir darauf, dass wir selbst darüber bestimmen, welche Vertreter*innen von den jeweils teilnehmenden Gruppen, Läden oder Initiativen entsendet werden.
2. Wir benötigen und fordern maximale Transparenz über die zu verhandelnden Inhalte sowie die nötige Zeit, uns adäquat auf die jeweiligen Fragestellungen vorzubereiten. Einladungen zu Versammlungen, wie das in Rede stehende "Stadtteiltreffen", müssen uns frühzeitig erreichen und klar formulieren, über welche Themen mit welchem Ziel gesprochen werden soll. Nur so sind wir bereit und in der Lage, diese Themen in unseren Zusammenhängen zu diskutieren und uns eine Meinung zu bilden, die dann von unseren Vertreter*innen eingebracht werden kann (siehe auch 1.).
3. Wir wollen wissen und mitbestimmen mit wem wir uns treffen. Wir denken, dass es demokratischen Prinzipien entspricht, offenzulegen wer zu einem Gedankenaustausch zusammenkommen soll. Wir fordern daher Transparenz über den Adressat*innenkreis, auch um abzuwägen, ob wir selbst richtig adressiert sind. Zudem wollen wir uns vorbehalten, selbst geeignete Gesprächspartner*innen mit einzubinden. Eine strenge Reglementierung des Teilnehmendenkreises widerspricht insofern ebenfalls den Prinzipien demokratischer Mitbestimmungsmöglichkeiten.
4. Wir denken, dass über den Kreis der institutionalisierten Vertreter*innen hinaus gedacht werden muss und zu konkreten Fragestellungen auch konkret Betroffene eingeladen werden sollen. Gerade wenn es um drängende Probleme wie das der steigenden Mieten, Entmietung und teure Neubauten geht, sollten und müssen aus unserer Sicht die Perspektiven betroffener Mieter*innen einen Platz finden. Da diese nicht immer organisiert und einfach ansprechbar sind, sollten entsprechende Netzwerke konsultiert werden und eine öffentliche Ansprache erfolgen, um eine gleichberechtigte Meinungsbildung zu ermöglichen.
5. Wir halten es zudem für notwendig, themenspezifische Akteur*innen anzusprechen. Vertreter*innen der Polizei und anderer Ordnungsbehörden sind bei sozialpolitischen Themenschwerpunkten nicht nötig. Soziale Problemlagen müssen politisch gelöst werden! Bei ordnungspolitischen Fragestellungen erscheinen uns beispielsweise die Akteur*innen, die im Stadtteil unterwegs sind und Problem- und Bedarfslagen wirklich kennen geeigneter, als die Einladung des Polizeipräsidenten.

Sehr geehrter Herr Jung, anlässlich Ihres, im Kern durchaus als positiv empfundenen Versuchs, mit Akteur*innen aus Connewitz ins Gespräch zu kommen weisen wir darauf hin, dass es in Connewitz starke Netzwerke und Nachbar*innenschaften gibt. Es braucht nicht zwingend die Stadtverwaltung um Konfliktlösungen und Gesprächsformate anzuschieben und erst recht nicht, diese zu führen. Wir glauben daran, dass wir und die Bewohner*innen des Stadtteils selbst gut in der Lage sind, demokratische Mikroprozesse anzustoßen und zu gestalten.

Schon in der Vergangenheit wurden Probleme mittels Diskussionsveranstaltungen, Aktionen und Kommunikationsformaten aufgegriffen und auch aktuell findet sich beispielsweise eine Stadtteilversammlung in Vorbereitung. Wir würden es sehr begrüßen, wenn Sie sich an zukünftigen Diskussionen und Entwicklungen auf einer demokratischen und solidarischen Basis beteiligen würden und wir auf Ihre tatkräftige Unterstützung bei der Lösung drängender Fragen unserer Zeit zählen können, wie z.B. der sozialen Regulierung des Wohnens und der Erweiterung demokratischer Partizipation.

Leipzig, 02. November 2020

Unterzeichner*innen:

Alternative Wohngenossenschaft Connewitz e.G.
Black Label Pub
brakers by adura
Buchhandlung el libro
Für das Politische! - Initiative für mehr politisches Engagement in Leipzig
Gaststätte Frau Krause
Homeplanet Hostel
Kneipe König Heinz
linXXnet - Abgeordnetenbüro/ Projekte/ Initiativen
Rassismus tötet!
Roter Stern Leipzig 99 e.V.
Vernetzung Süd - Wohnungspolitische Initiative für Leipzig-Süd
Wohnprojekt Thierbacher Straße 6

Kontakt: stadtteilgesprach04277@disroot.org